

## **Rede Bernd Riexinger, Geschäftsführer ver.di Stuttgart, auf der Kundgebung gegen Stuttgart21 im Anschluss an die DGB-Kundgebung am 13.11.2010 in Stuttgart**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Gegner und Gegnerinnen von S 21,

Es freut mich sehr, dass eine Verbindung der Sozialproteste der Gewerkschaften und der Gegner und Gegner/innen von S 21 zustande gekommen ist. Tatsächlich gibt es viele Gründe, die beiden Bewegungen stärker zusammenbringen. Ich will drei gewichtige nennen.

1. Stuttgart 21 ist auch eine soziale Frage, geradezu ein Synonym für die verteilungspolitische Auseinandersetzung. In Stuttgart protestieren Schüler gegen den maroden Zustand ihrer Schulen, Kalk der von den Decken bröseln, Turnhallen die geschlossen werden müssen. 3300 Kinder unter drei Jahren belegen die Wartelisten für Kindertageseinrichtungen und das in einer der reichsten Städte Deutschlands. In den Krankenhäusern gibt es einen Investitionsstau von 1,2 Milliarden Euro allein in Baden-Württemberg.

Für mich ist es unerträglich, dass für gesellschaftlich wichtige, ja sogar zentrale Zukunftsaufgaben, wie Bildung, Erziehung, Soziales und Kultur kein Geld da ist, während für ein unsinniges und keinerlei sozialen Gewinn versprechendes Großprojekt Stuttgart 21 Milliarden zum Fenster rausgeworfen werden. Was ist wichtiger? Dass unsere Kinder eine gute Erziehung und Bildung erhalten, Schulen und Kindertageseinrichtungen in einem guten Zustand sind, Armut und Kinderarmut bekämpft werden, wir eine vernünftige Gesundheitsversorgung haben, dass der Regionalverkehr ausgebaut wird oder dass 40 km lange Tunnel durch die Stadt gebohrt werden und, der Bahnhofsbereich mit futuristischen Glubschaugen verschandelt wird, damit die Züge ein paar Minuten schneller durch Stuttgart brettern können?

Nach Berechnung der S 21-Gegner kostet S 21 allein die Stadt 1 Mrd. Euro. Damit können 25 000 Stellen für ErzieherInnen, KrankenpflegerInnen, Sozialarbeiter/innen usw. für 1 Jahr oder 2500 Stellen für 10 Jahre finanziert werden. Gesamtkosten von über 6 Mrd. oder vielleicht gar 10 Mrd. die noch nicht mal die absehbare Steigerung der Baupreise beinhalten, machen die ganze Unsinnigkeit und Unverhältnismäßigkeit dieses Projektes deutlich.

Diese Vergleiche wären unzulässig sagen die Befürworter. S 21 wäre ein Projekt der Bahn, des Bundes und des Landes. Deshalb stünden diese Mittel nicht für andere Zwecke zur Verfügung. Nun das Land Baden-Württemberg bringt fast 2 Mrd. in dieses Projekt ein. Stefan Mappus kündigt permanent Sparprogramme und Sozialeinschnitte an, um den Haushalt zu konsolidieren. Genannt wurden z.B. die Hartz IV-Bezieher/innen, aber auch die Sozialbudgets des Landes und der Kommunen. Wie zynisch und sozialdarwinistisch muss man sein, bei den Ärmsten der Gesellschaft weiter einzusparen, während Milliarden sinnlos in der Erde vergraben werden.

2. 10 Tausende von Menschen demonstrieren auch gegen S 21 weil sie es satt haben, dass permanent über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Sie wollen sich nicht damit abfinden, dass sie alle paar Jahre ihre Stimme abgeben und sie ansonsten ihre Meinung in den Wahllokalen gelassen haben, über die dann die gewählten Politiker verfügen können wie sie wollen. Selbst dann wenn sie längst eine Politik machen mit der die meisten Menschen nicht mehr einverstanden sind. Demokratie heißt Volksherrschaft und nicht Herrschaft über das Volk. So wurde mit der Arroganz der Macht ein Bürgerentscheid abgelehnt, obwohl er von 67000 Bürger/innen gefordert wurde. Vor wenigen Tagen lehnte Mappus einen Volksentscheid ab, selbst dann wenn er vom Schlichter vorgeschlagen würde. Die von ihm beschworene neue Dialogbereitschaft ist doch offensichtlich nur Augenwischerei, wenn die Basta-Politik gerade so weiter geht. Diese Politik muss gestoppt werden, die Arroganz der Macht muss ein Ende finden.

Bei den sozialen und wirtschaftlichen Fragen ist es kein Haar anders. Gegen die Rente erst ab 67 sind 2/3 der Bevölkerung, ebenso viele sind für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen Hartz IV sind über 60 %. Eine Mehrheit ist gegen die Atompolitik. Über 60 % der Menschen sind der Meinung, dass es in Deutschland sozial nicht gerecht zugeht und weit über 80 % sind der Meinung, dass die Politik den Bezug zur Lebensrealität der Menschen längst verloren hat.

Das ist eine gefährliche Entwicklung für die Demokratie. Und es ist ein großer Verdienst der außerparlamentarischen Bewegungen, gegen Stuttgart 21 und auch gegen Sozialabbau, dass die Menschen nicht resignieren sondern auf die Straße gehen, um ihre Interessen zu vertreten und sich Gehör verschaffen. Deshalb kämpfen wir nicht nur gegen Stuttgart 21 oder gegen Sozial- und Lohnabbau, sondern auch für mehr Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes.

Wer darauf mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln reagiert, es bis heute rechtfertigt, dass auf gewaltlose Demonstranten, ja auf Schüler und Jugendliche eingepöbeln wurde, der hat von Demokratie nichts verstanden und gehört nach dem 27. März 2011 nicht mehr auf die Regierungsbank. Auch hier gibt es eine Gemeinsamkeit zwischen Gewerkschaften und S 21 Gegner/innen. Wer wie Ministerpräsident Mappus und wie der Fraktionsvorsitzende der CDU, Peter Hauk, friedliche Sitzblockaden und die Weigerung der Demonstranten den Weg freizumachen als rechtswidrig darstellt, der macht auch vor Streikposten, die Einfahrten blockieren, wie das die Stuttgarter Müllwerker beim Streik getan haben oder anderen Streikaktionen nicht halt. Das akzeptieren wir auf keinen Fall. Sitzblockaden, gewaltfreie Formen der Gegenwehr und auch symbolische Besetzungen gehören zur demokratischen Kultur in Deutschland. Menschen, die auf diese Art demonstrieren dürfen weder kriminalisiert noch mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Gummiknüppeln angegriffen und bedroht werden.

3. Die Politik des ungebremsen Wachstums und Profits, des höher schneller weiter, der immer größeren Geschwindigkeiten, das Produktions- und Lebensmodell des ressourcenverschlingenden und klimaschädlichen weiter so ist nicht erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise an Grenzen

gestoßen. Die Philosophie des Projektes S 21 folgt aber genau diesen Mechanismen und Gesetzmäßigkeiten. Die immer größer werdenden ökologischen und sozialen Kosten werden von Tag zu Tag offensichtlicher. Was wir heute brauchen ist aber nicht die Fortsetzung dieses zwischenzeitlich gefährlichen Modells der Groß- und Prestigeprojekte sondern eine ressourcenschonende, klimafreundliche Wirtschafts- und natürlich auch Verkehrspolitik. Die Befürworter von Stuttgart 21 tun gerade so, als ob die Zukunft unserer Region vom Hochgeschwindigkeitswahn kombiniert mit der Produktion von immer mehr Autos abhängig wäre. Motto schnelle Züge und viele Straßen, damit die Geschäftsleute und eine immer mehr entwurzelte Bevölkerung schnell zwischen den Großstädten pendeln können. Die Kinder werden in den Garagen geparkt, damit die Autos ungestört auf den Straßen spielen können.

Es ist doch geradezu grotesk, dass wir beim S-Bahn Verkehr in unserer Region immer noch keinen Ringsystem haben, bei dem die Menschen von Weil der Stadt nicht erst 30 km nach Stuttgart fahren müssen um ins 12 km entfernte Böblingen zu kommen. Es ist doch aberwitzig, dass die Züge nach Ulm vor 30 Jahren schneller gefahren sind als heute, nur weil die Bahn vorne und hinten an Instandhaltungskosten spart.

Nein liebe Freundinnen und Freunde, auch zukunftsorientierte Gewerkschaftspolitik muss die gesamte gesellschaftliche Entwicklung im Auge haben. Die Umsetzung des technischen Fortschritts und wirtschaftliches Wachstum muss sich am sozialen und ökologischen Nutzen für die Menschen messen lassen. Wir treten ein für eine solidarische, sozial gerechte, demokratische und ökologische Gesellschaft. Deshalb gemeinsam gegen S21, gegen Sozialabbau und gegen eine Politik die Reiche reicher und arme ärmer macht und unsere ökologischen Lebensgrundlagen gefährdet. Für mehr Demokratie und gegen die Arroganz der Mächtigen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit